



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Jürgen Mistol, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/12176, 17/13117

NS-Raubkunst: Versäumnisse aufklären – Opfer unterstützen – Provenienzforschung stärken

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schriftlich und mündlich zu den Vorwürfen der Süddeutschen Zeitung im Artikel „Münchner Raubkunst-Basar“ vom 25. Juni 2016 Stellung zu nehmen.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu berücksichtigen:

- Wie viele zunächst beschlagnahmte Kunstwerke wurden nach dem Krieg von den Staatsgemäldesammlungen aus welchen Gründen an NS-Funktionsträger bzw. deren Familien zurückgegeben?

- Wie viele Kunstwerke wurden nach 1945 an sie verkauft, weil sie bis 1945 in ihrem Besitz waren?
 - An wie vielen der Kunstwerke werden von den ursprünglichen Eigentümern Ansprüche an Restitution erhoben?
 - Welche Bemühungen unternimmt die Staatsregierung, um Versäumnisse und Fehlentwicklungen im Umgang staatlicher Einrichtungen mit NS-Raubkunst wissenschaftlich aufzuarbeiten?
 - Welche Ergebnisse haben die Forschungen dazu ergeben?
 - Trifft es zu, dass die Akten der Staatsgemäldesammlungen nicht – wie das Archivgesetz es vorsieht – nach 30 Jahren den Bayerischen Staatsarchiven übergeben werden?
 - Wenn ja, was sind die Gründe?
 - Sind diese Akten und Dokumente bereits vollständig auf Restitutionsansprüche ursprünglicher Eigentümer gesichtet worden?
 - Trifft der von der Süddeutschen Zeitung erhobene Vorwurf mangelnder Transparenz in Raubkunstsachen zu?
 - Wie ist die Zusammenarbeit mit der Commission for Looted Art in Europe (CLAE)?
2. zu prüfen, ob die Provenienzforschung staatlicher Museen und Sammlungen durch Zusammenführung in einer unabhängigen Provenienzforschungsstelle gebündelt und gestärkt werden könnte und dazu die für die bedarfsgerechte Ausstattung der unabhängigen Provenienzforschungsstelle nötigen Mittel bereitzustellen sind.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident